SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
DER PARTEIVORSTAND

SPD-Parteivorstand, Wilhelmstraße 141, 10963 Berlin

WPS 442 Berlin, 14. August 2017
Aktionsgemeinschaft Nachtstromnutzer Karlsruhe

Frage 1:
Wie stehen Sie heute zur elektrischen Speicherheizung und ihrer künftigen Rolle im Stromnetz?

Antwort:
Die elektrische Speicherheizung kam auf den Markt, als Strom aus Kernkraftwerken ohne Anpassung an den Strombedarf in das Netz gespeist wurde. Nachts, wenn weniger Strom verbraucht wurde, speicherten diese Heizungen die Energie, die sie tagsüber in Form von Wärme abgaben.
Die heutige Situation ist aber eine andere: Ein wachsender Anteil des Strombedarfs wird aus erneuerbaren Energien wie Windkraft oder Photovoltaik gedeckt, die überwiegend unstet anfallen. Ausgeglichen werden die Schwankungen durch flexible fossile Anlagen. Der direkte zeitliche Zusammenhang von Stromangebot und -nachfrage verschwindet und mit ihm die Grundlage für den ehemals günstigen Nachtstromtarif. Im Sinne der Sektorenkopplung könnten moderne Speicherheizungen überschüssige Strommengen aus Windkraftanlagen speichern; sie stehen allerdings im Wettbewerb mit Batterien von Elektroautos, die i.d.R. nachts aufgeladen werden. Speicherheizungen sind damit eine unter vielen Flexibilitätsoptionen. Derzeit würden sie nur im windreichen Norden Sinn ergeben, weil dort sog. Überschussstrom aus Windkrafträdern vorhanden ist. Aufgrund fehlender Übertragungsnetze können wir ihn noch nicht in den Süden leiten. Die Umwandlung von Strom in Wärme aus fossilen Energieträgern ist aufgrund von Umwandlungsverlusten nicht effizient. Heizungssysteme, die auf Brennwerttechnik basieren oder/ und erneuerbare Energien nutzen tragen sehr viel mehr zur Reduzierung des CO2-Ausstoßes und damit zum Klimaschutz bei.

Frage 2:
Welche administrativen und politischen Schritte werden Sie in die Wege leiten, um den oben beispielhaft genannten Modellversuchen zum Durchbruch zu verhelfen?

Antwort:
Modellversuche laufen u.a. im Rahmen der so genannte Sinteg-Projekte. Andere Formen der Integration von Nachtspeicherheizungen müssen sich auf dem Markt im Vergleich zu anderen Flexibilitätsoptionen bewähren.

SPD-Parteivorstand
Willy-Brandt-Haus
Wilhelmstr. 141
10963 Berlin

Fon 030 25991-500
Fax 030 25991-410
parteivorstand@spd.de
www.spd.de

Berliner Sparkasse
IBAN: DE77 1005 0000 0190 5555 56
BIC: BELADEBEXXX

facebook.com/SPD
youtube.com/SPDvision
twitter.com/SPDde

Frage 3:
Auf welche Langzeitspeichermöglichkeiten setzen Sie für die Zukunft?

Antwort:
Da sind bereits heute vielfältige technische Lösungen auf dem Markt. Abhängig von dem energiewirtschaftlichen Umfeld in der Region – sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nachfrageseite – kommen unterschiedliche Lösungen in Betracht. Speicher konkurrieren mit anderen Flexibilitätsoptionen auf dem Markt. Grundlage eines fairen Wettbewerbs sind technologieoffene gesetzliche Rahmenbedingungen. Unter entsprechenden Bedingungen werden Speicher ihre Rolle im Markt einnehmen. Die wettbewerblichen Voraussetzungen für Speicher im Verhältnis zu anderen Flexibilitätsoptionen werden wir überprüfen.

Frage 4:
Halten Sie den Ausstieg aus konventionellen Kraftwerken für möglich bzw. welchen Zeitraum sehen Sie bis zur Stilllegung?

Antwort:
Ja, wir setzen uns für den schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung ein, legen uns aber nicht auf ein Datum fest. Wir fördern im Rahmen des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes den Wechsel von Kohle- zu gekoppelten Gaskraftwerken. Wir haben hocheffiziente Kohlekraftwerke, die aus wirtschaftlichen Gründen noch einige Jahre weiterlaufen werden. Andere gehen in die Kapazitätsreserve, die wir im Rahmen des Strommarktgesetzes beschlossen haben. Das gleiche gilt für die Braunkohlekraftwerke, die schrittweise in die Sicherheitsbereitschaft überführt werden. Diese Gesetzesgrundlage und Klimaschutzziele der Bundesregierung geben Richtung und Tempo für einen Ausstieg aus der Kohleverstromung vor. Gaskraftwerke werden wir in der Ergänzung zu der volatilen Einspeisung von Erneuerbaren Energien noch länger brauchen.

Frage 5:
Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine ambitioniertere Reduktion der CO2-Emissionen im Heizungsbereich zu bewirken?

Antwort:
- Förderung von Energieeffizienzmaßnahmen, sowohl im Gebäudesektor als auch im gewerblichen und industriellen Sektor. Unter der Maßgabe der CO2-Emissionsreduzierung wollen wir einen breiten Spielraum für unterschiedliche Lösungsansätze schaffen. Damit wollen wir die Potenziale in den Regionen mit ihren unterschiedlichen Strukturen heben und Ansätzen von Quartierslösungen Raum geben.
- Energieeffiziente Sanierung des Gebäudebestandes wollen wir durch eine Ausweitung der Energieberatung objektbezogen fördern. Die Sanierung des Gebäudebestandes ist eine große energetische Herausforderung, sowohl in technischer als auch in sozialer Hinsicht. Wir wollen die Vermieter stärker in die Pflicht nehmen, energieeffiziente Sanierungsmaßnahmen vorzunehmen, um die Ausgaben für die Wärmeversorgung für Mieter zu reduzieren, ohne dass es zu den so genannten Luxusmodernisierungen kommt, bei denen anschließend die Bewohner die Mieten nicht mehr zahlen können.
- Förderung des Eigenverbrauchs im privaten und industriellen Bereich; im privaten Bereich ist es i.d.R. die Stromversorgung über die eigene Photovoltaik-Dachanlage; im industriellen Bereich handelt es sich i.d.R. um unternehmenseigene KWK-Anlagen für die Versorgung mit Prozesswärme. Restwärme und parallel erzeugter Strom sollten einen

höheren Stellenwert in der öffentlichen Versorgung bekommen. Voraussetzung ist, dass es hocheffiziente KWK-Anlagen sind.

- Ausbau der erneuerbaren Energieanlagen – insbesondere Photovoltaik-Anlagen – im städtischen Bereich; Mieterstrom ist ein Ansatz, die Nutzung von Dachflächen auf öffentlichen Gebäuden könnte den Ansatz ergänzen. Stadtwerke könnten bei diesen Geschäftsmodellen eine Schlüsselrolle einnehmen.
- Den derzeitigen gesetzlichen Förderrahmen zur Umsetzung der Energiewende werden wir im Hinblick auf die zukünftigen Herausforderungen überprüfen und ggf. anpassen. Beispielsweise werden zukünftig keine Ölheizungen gefördert, sondern nur noch der Einbau von Hybridheizsystemen.

Frage 6:
Welche Möglichkeiten sehen Sie, die CO2-Emissionen im Wärmebereich spürbar zu reduzieren, ohne den Weg in die von CO2-Emissionen freie Zukunft zu verbauen?

Antwort:
Siehe Antwort auf die Frage 5.

Frage 7:
Wie wollen Sie die Benachteiligung Baden-Württembergs beim Ausschreibungsverfahren künftig kompensieren?

Antwort:
Bei den Ausschreibungen für Wind an Land spielt das Referenzertragsmodell eine wichtige Rolle. Es soll in dem geplanten Ausschreibungsverfahren die räumliche Verteilung der Stromerzeugung aus Windenergieanlagen steuern und vergleichbare Wettbewerbsbedingungen an unterschiedlichen Standorten gewährleisten. Erste Evaluierungsergebnisse geben Hinweise darauf, dass dieses Instrument nachjustiert werden muss.
Ebenso wird es in der begrenzten technologieoffenen Ausschreibung für Wind an Land und Photovoltaik eine Berücksichtigung weniger windhäufiger Standorte geben.

Frage 8:
Sehen Sie Möglichkeiten den Süden beschleunigt mit überschüssigem Windstrom aus dem Norden zu versorgen, z.B. durch schnelleren, unseres Wissens auch weniger problematischen Ausbau der Westleitung von Wilhelmshafen nach Philippsburg („Ultranet“)?

Antwort:
Mit dem Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des Rechts des Energieleitungsbaus haben wir der Erdverkabelung den Vorrang vor Freileitungen bei Gleichstromtrassen eingeräumt, um durch eine höhere Bürgerakzeptanz den Leitungsausbau zu beschleunigen. Darüber hinaus ist Erdverkabelung auch über die Ausweitung von Pilotprojekten auf 11 Streckenabschnitten bei Höchstspannungsleitungen möglich. Die Umsetzung dieser Gesetze obliegt der Bundesnetzagentur in Zusammenarbeit mit den vier Übertragungsnetzbetreibern.

Frage 9:

Sind Sie bereit die EEG-Umlage aus dem Strompreis herauszunehmen und anders zu regulieren und auch die Stromsteuer in die Strompreisprüfung einzubeziehen?

Antwort:
In der nächsten Legislaturperiode wird es eine der Hauptaufgaben sein, den rechtlichen Rahmen zur Finanzierung der Energiewende zu überprüfen und anzupassen. Eine Novellierung der gesetzlichen Grundlagen ist unabdingbar, da wir ansonsten die Potenziale, die beispielsweise in der Nutzung des industriellen Eigenverbrauchs, in Flexibilitätsoptionen und in der Sektorenkopplung liegen, nicht werden nutzen können.

Frage 10:
Wie stehen Sie zu einem gut funktionierenden europaweiten Stromnetz und in diesem Zusammenhang zur Forderung eines offenen Strommarktes in der EU?

Antwort:
Wir streben den Ausbau des europäischen Stromnetzes an. Das Netz ist die Grundlage für einen offenen Strommarkt in der EU.